

Bischof Mixa sieht sich "Häme-Kampagne" ausgesetzt

KNA - Meldung vom 30. Januar 2002

Würzburg (KNA) Der Eichstätter Bischof Walter Mixa sieht sich wegen der ihm von der Diözese Skopje übergebenen 400.000 Mark, die vom mazedonischen Zoll beschlagnahmt wurden, einer Medienkampagne ausgesetzt. Wie die in Würzburg erscheinende Tageszeitung "Die Tagespost" in ihrer Donnerstag-Ausgabe berichtet, handelt es sich bei der Mixa anvertrauten Summe "um Rücklagen, die die kleine und bitterarme Diözese Skopje vor allem zur Finanzierung des Eigenanteils von kirchlichen Bauprojekten benötigt". Zudem hätten die dort tätigen deutschen Hilfswerke erneut bestätigt, dass ihre örtlichen Kooperationspartner die für beantragte Projekte bereitgestellten Mittel "exakt, pünktlich und vollständig abgerechnet haben". Von daher sei die Behauptung im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", bei der vom Bischof von Skopje, Joakim Herbut, übergebenen Summe handele es sich um "Geld aus einer grauen Kasse", unwahr. Mixa ist auch katholischer Militärbischof.

Als Beispiel des Engagements des Bistums Skopje wird in dem "Tagespost"-Beitrag unter anderem der Bau eines Pastoral-Zentrums in Ohrid genannt, das sich auch sozialen Aufgaben wie Altenarbeit und Flüchtlingshilfe widme. Zudem gebe es Projekte der Caritas in Mazedonien für die Minderheit der Roma. So befinde sich die Errichtung einer Mittelschule im Skopjeer Stadtteil Shutka in Planung, wo sich mit mehr als 30.000 Personen die weltweit größte Ansiedlung der Roma befinde. Bedauerlich sei es, so der "Tagespost"-Beitrag, dass über diesen vielfältigen Einsatz der katholischen Kirche in einem exponierten Krisengebiet in den Medien bisher nichts zu erfahren gewesen sei. Das gelte auch für die konkreten Bedingungen, unter denen die Kirche wirke. An den "staatlichen Restriktionen gegenüber der katholischen Minderheiten-Kirche", die allerdings über weltweite Kontakte verfüge, habe sich in der Republik Mazedonien nach dem Zerfall Jugoslawiens und der Erlangung der Selbstständigkeit nicht viel geändert. "Bekanntlich haben die Staaten des früheren Ostblocks die kirchliche Arbeit besonders durch Sonderbestimmungen beim Devisenverkehr behindert, nicht zuletzt auch mit der Absicht, den eigenen Valuta-Bedarf auf diesem Weg zu befriedigen. Kirchliche Devisenkonten im Ausland waren unzulässig, im Inland standen sie faktisch unter staatlicher Zwangsverwaltung", heißt es.

"Wie ein Europäer verhalten"

Als der Kosovo-Krieg auch nach Mazedonien übergeschwappt sei, seien der dortigen Regierung von Seiten der Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union massive Hilfen zugeleitet worden. Voraussetzung dafür sei der "ernsthaft bezeugte Wille der Volksgruppen Mazedoniens zu einem wirklichen Ausgleich in einem Staat gleichberechtigter Ethnien" gewesen. Am 13. August letzten Jahres sei das im Rahmenvertrag von Ohrid vereinbart worden. Es sei an der Zeit, so der "Tagespost"-Beitrag, dass die westlichen Regierungen ihren mazedonischen Partner daran erinnerten, den Ohrid-Vertrag in allen Punkten umzusetzen. Sie sollten die mazedonische Politik auch daran erinnern, im Bereich des kirchlichen gemeinnützigen Wirkens in Europa übliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Wer die Hilfe Europas und sogar dessen Mitglied sein wolle, "muss sich wie ein Europäer verhalten".

Wirtschaftliche Hilfe komme nur zum Ziel, wenn die Menschen der Länder Europas von den Lebensbedingungen anderer erführen und die Bereitschaft zur Solidarität in der

gesamten Gesellschaft wachse. Ohne das Wirken der Medien sei das unmöglich. Die "effekthascherische Häme-Kampagne" gegen einen deutschen Bischof gehe allerdings an dieser Aufgabe völlig vorbei. Die beteiligten Medien hätten sich "wahrhaft in den Schluchten des Balkans verirrt".